

Patrick Döring

Bürger oder Untertan

In der Krise stellt sich die Frage nach dem Selbstverständnis der Gesellschaft

Patrick Döring,
MdB.

Gerade in dem Augenblick, in dem die Kraft und Stärke einer freien Gesellschaft sich beweisen müsste, offenbart sich ausgerechnet in der politischen Führung Deutschlands ein tiefes Misstrauen gegen die Prinzipien, auf denen unsere Republik gegründet wurde. Das war nach den Anschlägen vom 11. September so, als eine ganz große Koalition Sicherheitspaket auf Sicherheitspaket türmte und die Freiheiten des Grundgesetzes, unter dem Vorwand ihrer Verteidigung, immer weiter einschränkte. Und die gleiche Abkehr von den Gründungsidealen unserer Republik erleben wir jetzt in der Zeit der Wirtschaftskrise. Die Grenzen der Sozialen Marktwirtschaft werden überschritten, die Leitplanken versetzt, um das System zu retten, so die Rhetorik. Zwar beteuert zumindest die Bundeskanzlerin, dass nach der Bewältigung der Krise die alten Grenzen der Sozialen Marktwirtschaft wieder neu gezogen werden könnten – doch diese Verheißungen offenbaren nur umso mehr, dass selbst in großen Teilen der Union nicht mehr empfunden wird, wie sehr die gesellschaftlichen und politischen Koordinaten

derzeit durch die Politik verschoben werden.

Schleichend ändert sich der Charakter unseres Gemeinwesens – die Freiheit stirbt, wie so oft, zentimeterweise. In der Wirtschaftspolitik ebenso wie in Fragen der Inneren Sicherheit oder der Gesundheitspolitik gilt heute: Die Bürgerinnen und Bürger werden nach und nach entmachtet, sie werden vom Subjekt gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Handelns zum Objekt staatlicher Beobachtung und Lenkung. So entwickelt sich im Schatten der Demokratie langsam jener sanfte Despotismus, vor dem bereits Alexis de Tocqueville warnte: Der Staat wird zu einer nahezu allmächtigen Vormundschafftsgewalt. Er entwöhnt die Menschen der freien Selbstbestimmung und bedeckt die Gesellschaft »mit einem Netz kleiner, verwickelter, enger und einheitlicher Regeln [...]; er bricht den Willen nicht, sondern er schwächt, beugt und leitet ihn; er zwingt selten zum Handeln, steht vielmehr ständig dem Handeln im Wege; er zerstört nicht, er hindert die Entstehung; er tyrannisiert nicht, er belästigt, bedrängt, entkräftet, schwächt, verdummt und bringt jede Nation schließlich dahin, dass sie nur noch eine Herde furchtsamer und geschäftiger Tiere ist, deren Hirte die Regierung ist.«

Auf dem Weg zu einer solchen geregelten und friedlichen Knechtschaft hat Deutschland in den vergangenen Jahren zahlreiche

Bürger oder Untertan

kleine und große Schritte gemacht – doch das Eiltempo, in dem wir in diesen Tagen eine Veränderung der grundlegenden Werte und Überzeugungen erleben, auf denen diese Republik errichtet wurde, ist ohne Beispiel.

Gegen die Einschränkung der Bürgerrechte

Für Liberale ist bereits der Kampf gegen diese schleichende Erosion gesellschaftlicher Freiheit Grund genug, sich gegen die Prinzipienvergessenheit der gegenwärtigen Politik zu stellen. Eine Gesellschaft, in der die Menschen nicht mehr Herren ihrer eigenen Entscheidungen sind, wo der Wille des Einzelnen durch den Staat geführt wird – und sei seine lenkende Hand noch so sanft und wohlwollend – entspricht nicht unserem Menschenbild. Die FDP hat sich deshalb in der Vergangenheit gegen die Einschränkung der Bürgerrechte im Zuge der Terrorismusbekämpfung gewendet – und ebenso wenden wir uns heute gegen die Zerstörung der Sozialen Marktwirtschaft. Denn hier handelt sich um eine Grundsatzentscheidung für die Zukunft unserer Gesellschaft. Soziale Marktwirtschaft ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein moralisches Konzept, wie Ludwig Erhard in seiner programmatischen Schrift »Wohlstand für alle« feststellte: »Für mich ist die Freiheit ein Ganzes und Unteilbares. In meinem Blickfeld stellen politische Freiheit, wirtschaftliche und menschliche Freiheit eine komplexe Einheit dar. Es ist nicht möglich, hier einen Teil herauszureißen, ohne nicht das Gesamte zusammenstürzen zu lassen.« Die Soziale Marktwirtschaft ist von daher nicht Selbstzweck, sondern steht auch im Dienste einer freiheitlichen Lebensform –

die wiederum selbst Voraussetzung für eine lebendige Soziale Marktwirtschaft ist.

Die Soziale Marktwirtschaft ist zugleich die erfolgreichste Wirtschaftsordnung unserer Geschichte. Die Krise wäre daher auch aus diesem Grund der richtige Zeitpunkt, sich auf die erprobten Prinzipien zu besinnen – und nicht, sie endgültig abzuwracken. Schließlich entstand die ordoliberalen Theorie, wie sie unter anderem von Walter Eucken, Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke entwickelt wurde, selbst unter dem Eindruck der ökonomischen, sozialen und politischen Krise der zwanziger und dreißiger Jahre. Ihre These: Die Weltwirtschaftskrise war keine dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb innewohnende historisch-materialistische Notwendigkeit – vielmehr war es gerade die Ausschaltung des Wettbewerbs, die Politisierung der Wirtschaft einerseits und die Entwicklung eines interventionistischen Wirtschaftsstaates andererseits, die zu einer fortwährenden Verzerrung des Wettbewerbs und am Ende zum Zusammenbruch geführt hatte: Der Kapitalismus war an den Kapitalisten gescheitert, die den Wettbewerb zu ihrem eigenen Vorteil begrenzt, beschränkt und verhindert hatten – und denen es gelungen war, dabei den Staat zum Agenten ihrer Interessen zu machen. Nicht der Wettbewerb, sondern Monopole, Kartelle, staatliche Subventionen und Interventionen hatten das Wirtschaftssystem zerstört und die Gesellschaft mit sich gerissen.

Fortschritt durch, nicht gegen den Markt

Sicher, auch das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft hält keineswegs Patentrezepte bereit. Aber: Bei allen Differenzen im Detail teilen die Theoretiker und Praktiker

der Sozialen Marktwirtschaft seit jeher den Grundsatz, dass sowohl wirtschaftlicher als auch sozialer Fortschritt nicht gegen, sondern durch den Markt erreicht werden. Soziale Marktwirtschaft bedeutet also gerade nicht Intervention und Umverteilung durch den Staat. Die Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft zogen aus den Erfahrungen ihrer Zeit im Gegenteil die Lehre, dass, um einen freien und fairen Wettbewerb zu garantieren, Staat und Wirtschaft streng getrennt werden müssten. Sie verlangten einen starken, über den einzelnen Interessen stehenden Staat, als Garanten eines freien und fairen Wettbewerbs. Die Soziale Marktwirtschaft will also nicht den Staat als Akteur, der bei Opel die Geschäfte übernimmt oder durch Subventionen, Prämien und Zuschüsse den Wettbewerb verzerrt und damit die Prozesse in einer Weise verzerrt, die – um mit Ludwig Erhard zu sprechen – »wohl dem Willen des Kollektivs, aber eben nicht mehr dem Lebensgefühl einer freien Wirtschaftsgesellschaft entspricht.«

Das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards war der freie und faire Wettbewerb, den er für »das erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstandes« hielt. Denn nur durch den Wettbewerb sei gewährleistet, dass »jeder wirtschaftliche Fortschritt und jede Verbesserung in der Arbeitsweise sich nicht in höheren Gewinnen, Renten oder Pfründen niederschlagen, sondern dass alle diese Erfolge an den Konsumenten weitergegeben werden. So vertrete ich denn auch die Auffassung«, schreibt Erhard, »dass es die Grundlage aller Marktwirtschaft ist und bleiben muss, die Freiheit des Wettbewerbs zu erhalten. [...] Wir werden – das ist meine feste Überzeugung – nur so lange eine freie Unternehmungswirtschaft

haben, als wir von Staats wegen über die Freiheit wachen.« Der Staat selbst dürfe sich jedoch selbst nicht als Spieler in das Marktgeschehen hineinbegeben – er sollte sich auf die Rolle des Schiedsrichters beschränken. Keinesfalls dürfe staatliche Wirtschaftspolitik den Einflüssen verschiedener Einzel- und Gruppeninteressen erliegen.

*Der Mittelstand bleibt
wieder außen vor*

Die Lehren Erhards werden von der gegenwärtigen Regierung konsequent ignoriert. Schon vor Beginn der Krise hat der Staat sich direkt in zahlreiche gesellschaftliche, unternehmerische und individuelle Entscheidungen eingemischt und das Trennungsgebot der Sozialen Marktwirtschaft zwischen Staat und Markt außer Kraft gesetzt – während auf der anderen Seite die Kernaufgaben des Staates, die Schaffung klarer ordnungspolitischer Rahmenbedingungen, deren Kontrolle und Sanktionierung, vernachlässigt wurden. Und auch jetzt folgt das Regierungshandeln nicht den Grundzügen der Sozialen Marktwirtschaft, im Gegenteil. Der Staat will die Krise quasi im Alleingang regeln, anstatt auf die Initiative und Leistungsfähigkeit der Bürger zu setzen und diese zu stärken. Eine umfassende Steuerreform, von der alle in gleicher Weise profitieren würden, unterblieb ebenso wie größere Anstrengungen zur Deregulierung. Private Investitionen wurden damit kaum stimuliert. Stattdessen werden branchenspezifische Subventionen und Stützungsmaßnahmen entwickelt und staatliche Investitionsprogramme aufgelegt, die, wenn überhaupt, nur mit großer zeitlicher Verzögerung Wirkung entfalten. Auf der Strecke bleibt einmal mehr

Bürger oder Untertan

der Mittelstand, der von diesen Maßnahmen nur geringfügig profitiert – zugleich durch eine hohe Steuern- und Abgabenlast zur Finanzierung der sich ausweitenden Staatstätigkeit herangezogen wird. Mittelbar finanzieren so die Bürgerinnen und Bürger, die kleinen und mittleren Unternehmen die Rettung großer Konzerne. So beschleunigt sich eine bereits seit Jahren in Deutschland zu beobachtende Entwicklung, die genau das Gegenteil dessen ist, was den Kern der Sozialen Marktwirtschaft ausmacht: Wir erleben die immer stärkere Politisierung der Wirtschaft und die zunehmende Ökonomisierung der Politik. Wirtschaftlicher Erfolg hängt immer weniger von der tatsächlichen Leistungsfähigkeit ab. Stattdessen wird immer entscheidender, inwiefern man in der Lage ist, seine Konkurrenten zu behindern und sich selbst durch staatliche Intervention Vorteile zu verschaffen.

Eine Erneuerung ist überfällig – gelingen kann dies jedoch nur, wenn es auch in der Gesellschaft den Rückhalt dafür gibt, den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft Vorrang vor allen egoistischen Einzel- und Sonderinteressen zu geben. Dazu braucht es eine Bewegung der Bürger, die sich nicht durch den Staat bevormunden lassen und damit zufrieden geben wollen, dass auch sie mit einem Bonus, einer Prämie oder einem Konsumgutschein aus der staatlichen Geschenkschatulle bedacht werden. Bürger in diesem Sinne ist jeder, der selbst Herr seines Schicksals sein, sich den Chancen und Risiken des Lebens stellen will und sich als aktives Mitglied unserer Gesellschaft fühlt. Der Bürger zeichnet sich, im Gegensatz zum Untertan, durch Selbständigkeit und Verantwortungsbewusstsein aus. Er überlässt Politik und Moral nicht dem Staat,

sondern will durch eigenes Tun sich und seine Welt verbessern. Diese Bürgerlichkeit ist keine Frage der Herkunft oder der Einkommensklasse, sondern eine Frage der Haltung.

Derzeit ist die FDP die einzige Partei in Deutschland, die sich ganz klar zu den Prinzipien des Ordoliberalismus und der Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards bekennt. Doch die Bündnispartner für die Liberalen als Partei der Sozialen Marktwirtschaft sind weniger geworden. Die Sozialdemokratie hat ihre Tradition als »Bildungsverein« aufstrebender Arbeiter bereits vor langer Zeit vergessen und kehrt, getrieben von Oskar Lafontaine, gerade in diesen Tagen der Sozialen Marktwirtschaft den Rücken. Diese SPD, die in ihrer Politik nur noch auf Umverteilung, Alimentierung und Lenkung setzt, ist kein Partner zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Doch auch die Union hat offenbar ihre Orientierung verloren. Eine klare ordnungspolitische Leitlinie ist nicht zu erkennen. Ausgerechnet in der Krise treibt die Wirtschaftspolitik der Union vor sich hin und lässt sich von organisierten Interessen und den Sozialdemokraten mal in diese, mal in jene Richtung zerrren – und es erscheint in höchstem Maße fragwürdig, ob CDU und CSU aus eigener Kraft das Ruder herumreißen können. Auch wenn die Union unter den gegebenen Umständen der einzig mögliche Bündnispartner ist – denn SPD, Grüne und Linke scheiden von vornherein aus – bleibt der FDP daher nichts anderes übrig, als in den kommenden Wochen für sich selbst zu kämpfen. Denn nur wenn die Liberalen stark genug sind, können sie im Falle einer zukünftigen Regierungsbeteiligung auch die Union wieder zurück auf den Kurs der Sozialen Marktwirtschaft zwingen.